

## **Antrag**

**der Abgeordneten Lothar Mark, Wolfgang Behrendt, Hans Büttner (Ingolstadt), Petra Ernstberger, Anke Hartnagel, Reinhold Hemker, Monika Heubaum, Hans-Ulrich Klose, Dr. Elke Leonhard, Markus Meckel, Christoph Moosbauer, Volker Neumann (Bramsche), Dieter Schloten, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Volkmar Schultz (Köln), Joachim Tappe, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Inge Wettig-Danielmeier, Uta Zapf, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Intensivierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest**

1. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Unterstützung für die Bildung der biregionalen strategischen Partnerschaft zwischen den Ländern der Europäischen Union und denen Lateinamerikas und der Karibik, die bei ihrem Treffen am 28. und 29. Juni 1999 in Rio de Janeiro beschlossen wurde, und begrüßt die Fortsetzung des eingeleiteten Prozesses durch den bevorstehenden zweiten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Partnerländer in Madrid am 17. und 18. Mai 2002. Dieses Treffen bietet beiden Partnern die Chance, ihre in Rio beschworene „strategische Partnerschaft“ durch Konkretisierung und Erweiterung der gemeinsamen Agenda zu aktualisieren, deutlicher auszugestalten und ihr eine stärkere Dynamik zu verleihen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Europa und Lateinamerika/Karibik auf globaler, regionaler und subregionaler Ebene dient den Zielen und Interessen beider Regionen und stärkt ihre Stellung in Weltwirtschaft und -politik. Sie schafft die nötigen Voraussetzungen, damit beide Regionen den neuen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, die im Zuge der Globalisierung entstanden sind, wirksamer begegnen können.
2. Die Kooperation zwischen Lateinamerika/Karibik und Europa ist ein wichtiger Teil der transatlantischen Beziehungen. Sie orientiert sich am Leitbild eines kooperativen und fairen Multilateralismus. Die Voraussetzungen für eine enge biregionale Kooperation sind dabei aufgrund einer historisch gewachsenen kulturellen Verbundenheit günstig. Beide Regionen bilden eine Werte- und Interessengemeinschaft, die eine Übereinstimmung in einer Vielzahl politischer Fragen verbindet. Der parlamentarische Dialog, der sich in einem System interparlamentarischer Konferenzen entfaltet, kann durch neue Organisationsformen vertieft werden. Der biregionale Dialog ist unterhalb der staatlichen Ebene von einem dichten Netzwerk zivilgesellschaft-

licher Organisationen getragen, wie es für Europa in Bezug auf keine andere Weltregion besteht.

3. Mit der Erklärung und dem Aktionsplan des ersten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik unter der EU-Präsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro wurde zwar eine breite Grundlage zur Weiterentwicklung und Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen geschaffen, die praktische Implementierung der angeregten Maßnahmen blieb jedoch bis heute eher bescheiden. Daher sind größere Anstrengungen und neue Impulse nötig, um die gemeinsamen Aufgaben erfüllen und die angestrebten Ziele erreichen zu können. Die protagonistische Rolle Deutschlands auf dem ersten biregionalen Gipfeltreffen in Rio begründet eine besondere Verantwortung unseres Landes für den Folgeprozess zwischen den Regionen. Insgesamt muss die „strategische Partnerschaft“ mit Lateinamerika und der Karibik auf europäischer Seite als eine Gemeinschaftsaufgabe begriffen werden, an der sich alle Mitgliedstaaten der EU aktiv beteiligen.
4. Die politischen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa sind generell frei von Spannungen. Diese Tatsache begünstigt eine Intensivierung des politischen Dialogs. Fragen der äußeren und inneren Sicherheit und der Verteidigung bedürfen künftig einer eingehenderen Behandlung, die die Schaffung einer politischen Sicherheitspartnerschaft Europa-Lateinamerika zum Ziel hat. Im Bereich der klassischen Sicherheitspolitik wurden zahlreiche Anregungen für vertrauensbildende Maßnahmen und die Transparenz von Militärausgaben gegeben. Durch die Vorlage gemeinsamer Initiativen zur Rüstungskontrolle und zur Kontrolle der Verbreitung von Kleinwaffen, zur Rüstungsexportkontrolle, zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie weiterer Probleme im Bereich von Sicherheit und Verteidigung kann der sicherheitspolitische Dialog erweitert werden. Ferner besteht eine gemeinsame Verantwortung für Europa und Lateinamerika bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels. Der begonnene Menschenrechtsdialog muss intensiv fortgeführt werden. Der Durchsetzung der Rechte der Frauen, von Minderheiten und der indigenen Bevölkerungsgruppen kommt auch künftig eine große Bedeutung im biregionalen Dialog zu.
5. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regionen sind traditionell eng. Sie sind aber trotz günstiger Ausgangsbedingungen im vergangenen Jahrzehnt, besonders im Hinblick auf den Anteil am Außenhandel Lateinamerikas/Karibik, hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die lateinamerikanischen Märkte zeichneten sich in den vergangenen Jahren durch eine hohe Dynamik aus, an der europäische Unternehmen nicht in gleicher Weise wie andere partizipierten. Im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika/Karibik hat Deutschland im Vergleich mit anderen EU-Ländern sogar deutlich an Gewicht verloren. Im Gegensatz dazu haben sich die ökonomischen Verflechtungen zwischen den amerikanischen Hemisphären stark verdichtet. Lateinamerika wird auch weiterhin exzellente Chancen für die europäische Wirtschaft bieten. Deutschland und Europa müssen mehr tun, um diese zu beiderseitigem Vorteil zu nutzen.
6. Im Bereich der europäischen Agrarpolitik ist es bisher nicht zu einem von den lateinamerikanischen Ländern erwarteten Abbau von Subventionen und protektionistischen Maßnahmen gekommen. Die Diskrepanz zwischen freihändlerischen Aussagen und wirtschaftlichem Handeln der EU behindert die Fortentwicklung der gemeinsamen Handelsbeziehungen. Europäische Unternehmen möchten auf den lateinamerikanischen Märkten stärker präsent sein, daher müssen wir unsere Märkte für lateinamerikanische Agrarprodukte öffnen.

7. Trotz festzustellender ökonomischer Fortschritte durch marktwirtschaftliche Reformen bleibt Lateinamerika/Karibik die weltweit am stärksten von sozialen Disparitäten gekennzeichnete Region. Zwar haben sich die makroökonomischen Indikatoren verschiedener Volkswirtschaften verbessert, die Armutsschere hat sich im vergangenen Jahrzehnt jedoch insgesamt weiter geöffnet. Die Bemühungen zur Bekämpfung der Armut und der strukturellen sozialen Probleme Lateinamerikas und der Karibik müssen intensiv im Wege der biregionalen Entwicklungszusammenarbeit fortgeführt werden.
8. Die Kulturbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa sind nach wie vor eng und stellen damit mehr als nur eine hervorragende Grundlage zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Regionen dar. Traditionell sind am kulturellen und wissenschaftlichen Austausch eine Vielzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren beteiligt. Dennoch ist hier die gleiche fehlende Dynamik wie bei den wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zu konstatieren. Auch im kulturellen und insbesondere im wissenschaftlichen Bereich muss eine zunehmende Orientierung zentral- und südamerikanischer Länder an den Vereinigten Staaten von Amerika verzeichnet werden, die als Wissenschaftsstandort für die dortigen Eliten vielfach attraktiver sind als Europa. Von europäischer Seite werden die attraktiven Bildungsangebote lateinamerikanischer Einrichtungen nicht in befriedigendem Maße genutzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. im Hinblick auf die Konkretisierung der in Rio de Janeiro beschlossenen „strategischen Partnerschaft“ auf einen nachhaltigen Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik hinzuwirken und dieses Ziel sowohl in nationaler wie auch in europäischer Perspektive zu verfolgen.
2. im Sinne einer Intensivierung der politischen Beziehungen darauf hinzuwirken, dass gleichgerichtete Interessen der beiden Weltregionen vertieft und künftig zum Ausgangspunkt gemeinsamer Initiativen in der Weltpolitik werden, besonders in den Bereichen äußere und innere Sicherheit, illegale Drogen, Bioethik, Umwelt- und Klimaschutz, Biodiversität, Menschen- und Sozialrechte, Rüstungskontrolle, internationales Strafrecht. Die EU sollte ihr Profil im Rahmen der transatlantischen Beziehungen stärken und gerade in den lateinamerikanischen Krisenregionen, wie z. B. in Kolumbien oder Argentinien, eine aktivere Rolle bei der zivilen Konfliktlösung übernehmen.
3. darauf hinzuwirken, dass innerhalb der europäischen Agrarpolitik protektionistische Maßnahmen und Subventionen abgebaut werden, um mit Lateinamerika und der Karibik einen Handel zu gewährleisten, der in beide Richtungen frei ist und somit den Interessen beider Seiten entspricht. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung auf eine Verstärkung der bestehenden Sonderpräferenzen für die Andenländer und die Länder Zentralamerikas im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU hinwirken, solange mit ihnen keine Assoziierungsabkommen geschlossen sind.
4. auf einen schnellen Abschluss der Assoziationsabkommen mit dem Mercosur und mit Chile hinzuwirken und insgesamt den Ausbau der ökonomischen Kooperation mit den verschiedenen Integrationsräumen Lateinamerikas und der Karibik zu betreiben. Die EU kann dabei Lateinamerika und der Karibik ihr Modell der Marktwirtschaft mit sozialem Interessenausgleich als Orientierung anbieten. Auch können die Erfahrungen der EU beim Integrationsprozess im Hinblick auf die verschiedenen Regionalisierungsbestrebungen dort nutzbar gemacht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Europa in seinen Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik in einem Wett-

bewerb mit den USA steht, die mit den lateinamerikanischen Ländern ein gesamtamerikanisches Freihandelsabkommen (ALCA/FTAA) bis 2005 anstreben.

5. mit den lateinamerikanischen und karibischen Ländern einen verstärkten sicherheitspolitischen Dialog zu führen, dem ein neuer präventiver Sicherheitsbegriff zu Grunde liegt.
6. die Zusammenarbeit im Umweltbereich noch weiter zu intensivieren. Dabei ist zu beachten, dass neben den Projekten zum Schutz der natürlichen Umwelt und dem Ressourcenschutz in Zukunft verstärkte Anstrengungen im Bereich erneuerbarer Energien und der städtischen Umwelt unternommen werden müssen. In diesem Bereich liegen für europäische Unternehmen beachtliche Geschäftschancen.
7. den kulturellen Dialog zwischen Lateinamerika, der Karibik und Europa als einen wertorientierten Prozess zu intensivieren und stärker in einen globalen Kontext zu stellen. Auf gleicher Augenhöhe sollten grundsätzliche Fragestellungen im Hinblick auf die neuen globalen Herausforderungen diskutiert werden. Dadurch würde die derzeit festzustellende Asymmetrie in den Kulturbeziehungen zu Ungunsten Lateinamerikas und der Karibik und dort besonders der kleineren, wirtschaftlich schwächeren Länder aufgehoben werden.

Eine verbesserte Koordinierung der Mittlerorganisationen kann zu einer Intensivierung des Dialogs beitragen. Dabei wären neue flexible Formen des kulturellen Dialogs zu bevorzugen, die auch der in den jeweiligen Ländern bestehenden Vielfalt an Initiativen und Trägern gerecht werden. Auf diese Weise können die bestehenden europäisch-lateinamerikanischen Netzwerke ausgebaut werden und gleichzeitig neue entstehen.

8. den wissenschaftlichen Austausch zwischen Lateinamerika, der Karibik und Europa im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien zu fördern. Dies würde u. a. bedeuten, die Arbeit der einzelnen europäischen Forschungsinstitute und Universitäten, die sich mit Lateinamerika befassen, enger zu koordinieren und finanziell besser zu unterstützen. Die Elitenförderung sollte durch eine Erhöhung der Stipendien intensiviert werden. Die Förderung neuer akademischer Laufbahnen und Abschlüsse kann dazu beitragen, die gegenseitige Anerkennung zu vereinfachen.
9. eine stärkere zivilgesellschaftliche Beteiligung der Politischen Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften und NRO an den unter II. aufgeführten Kooperationsbereichen zu fördern und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker an Regierungsaktivitäten zu beteiligen.

Berlin, den 15. Mai 2002

**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion**